

dernisierter chemischer Massenvernichtungsmittel in Form der Binärraffen Ausdruck verliehen. Im März 1987 erklärten die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages ihre Unterstützung für die Initiativen der DDR und CSSR, der VRB und SRR, c. Z. in Mitteleuropa und auf dem Balkan zu schaffen. Sie werteten solche Zonen als einen wichtigen Beitrag zu den Anstrengungen, die Gefahr der Anwendung chemischer Waffen zu beseitigen.

Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU) : am 26.6. 1945 in Berlin gegründete politische Partei, in der sich Bürger christlichen Glaubens vorwiegend aus den mit der Arbeiterklasse verbündeten Schichten zusammenschließen, um aus christlicher Verantwortung für das Wohl des Menschen und seiner Gemeinschaft zu wirken und deshalb an der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR, der Festigung der Freundschaft mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten sowie der Sicherung einer dauerhaften Friedensordnung mitzuarbeiten. Die CDU ist eine Partei des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus, die in der Gemeinschaft mit allen anderen demokratischen Kräften im —» *Demokratischen Block* *der Parteien und Massenorganisationen* in der —\* *Nationalen Front der DDR* die Politik des sozialistischen Staates mit verantwortet und mit verwirklicht. Sie anerkennt die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei, mit der sie als Bündnispartner vertrauensvoll zusammenwirkt. Die Mitglieder der CDU legen ihrem Handeln gesellschaftliche Konsequenzen aus christlicher Ethik, vor allem den Gedanken der Friedens- und Nächstenliebe, zugrunde und lassen sich in ihrem politischen Wirken von den objek-

tiven Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung sowie geschichtlichen Erfahrungen und Erkenntnissen leiten. Sie vertreten in Grundfragen der Politik und Moral den Standpunkt der Arbeiterklasse und tragen zur Festigung der politisch-moralischen Einheit des Volkes bei. Die CDU geht in ihrer Tätigkeit von ihrer Mitverantwortung für das Ganze aus und leitet ihren eigenständigen Beitrag von gesamtgesellschaftlichen Zielstellungen ab. Die CDU leistet einen schöpferischen Beitrag zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR (politisch-geistige Standortfindung christlicher Bürger; Prinzip der gemeinsamen humanistischen Verantwortung von Christen und Marxisten; Förderung eines vertrauensvollen Verhältnisses der Kirchen zum sozialistischen Staat u.a.). Die CDU ist nach dem Territorialprinzip organisiert. Ihre Basis bilden die Ortsgruppen, die entsprechend der staatlichen Gliederung in Kreis- und Bezirksverbänden zusammengefaßt sind. Höchstes Organ ist der Parteitag. Er wählt den Hauptvorstand, dieser den Vorsitzenden, die stellvertretenden Vorsitzenden, die weiteren Mitglieder des Präsidiums sowie das Sekretariat, den Untersuchungsausschuß und die Revisionskommission. Vorsitzender: G. Götting, stellvertretende Vorsitzende: W. Heyl, M. Sefrin, Dr. Dr. H. Toeplitz. Der Volkskammerfraktion der CDU gehören 52 Abgeordnete an, rund 16400 Mitglieder sind als Abgeordnete und Nachfolgekandidaten in den örtlichen Volksvertretungen tätig. Im Staatsrat, im Ministerrat, in den Räten der Bezirke und Kreise sowie als Bürgermeister tragen CDU-Mitglieder politische Verantwortung. In den Ausschüssen der Nationalen Front der DDR und ihren Arbeitsgruppen nehmen über 26000 Mitglieder Funktionen wahr. Eine Vielzahl weiterer Mit-